

Beobachtungen zur 46. Tagung des UN Menschenrechtsrates 22. Februar bis 24. März 2021

*„States that commit human rights violations must be held to account.“
USA und 49 weitere Staaten am 18. März 2021*

Die 46. Tagung des Menschenrechtsrates war mit fast fünf Wochen und einer vorausgegangenen Sondersitzung die längste bisher. Sie hatte eine ganze Reihe von „ersten Malen“, die vielbeachtete Wiederkehr eines altbekannten Akteurs, manches unschöne Déjà-vu und einige wichtige Erfolge für den Menschenrechtsschutz im Programm.

Machtkampf um die Präsidentschaft

Schon bevor die 46. Tagung des Menschenrechtsrates offiziell begann, gab es hektisches diplomatisches Treiben und einen Machtkampf um die Präsidentschaft des Gremiums. Das Präsidium setzt sich aus fünf Mitgliedern zusammen, jeweils einer/m Vertreter*in der fünf Regionalgruppen. Unter diesen rotiert der Vorsitz in jährlichem Wechsel und üblicherweise geschieht die Besetzung in mehr oder weniger geräuschlosem Einvernehmen. Für 2021 stand die Präsidentschaft der Asien-Pazifik-Regionalgruppe zu. Der Wahl der Botschafterin von Fidschi schien Nichts im Wege zu stehen, bis im November 2020 kurz vor Ablauf der Frist Bahrain seine Kandidatur erklärte und auch noch Usbekistan hinzukam. Bahrain wurde unterstützt von China, Russland und Saudi Arabien, doch Fidschis UN-Botschafterin Nazhat Shameen Khan ließ sich nicht zum Rückzug bewegen - zweifellos auch im Vertrauen auf den Rückhalt durch andere Mitgliedsstaaten, denen eine standfeste und an Integrität des MRR ausgerichtete Präsidentin wichtiger schien als jemand, der/die sich vor allem den politischen Interessen Chinas und Russlands fügen würde.

Auch wenn die Präsidentin formal wenig Autorität hat, kann sie doch wichtigen Einfluss ausüben auf die Agenda des MRR, die Auslegung der Geschäftsordnung, die Benennung von Expert*innen, den Zugang für NGOs und die Kritik an Übergriffen gegen zivilgesellschaftliche Akteure. Mangels Einigung in der Regionalgruppe wurde am 15. Januar 2021 erstmals seit Bestehen des MRR die Präsidentin in geheimer Abstimmung durch den MRR gewählt. Das Ergebnis war erfreulich eindeutig mit 29 Stimmen für Botschafterin Khan, 14 für den Botschafter Bahraains und nur 4 für Usbekistan. Schon in ihrer ersten Ratstagung konnte die neue Präsidentin manch prozedurale Schwierigkeit souverän meistern und erwarb sich auch bei der Zivilgesellschaft Ansehen für ihre Offenheit für NGO-Anliegen.

Alles virtuell

Während in den zurückliegenden beiden Tagungen schon fast etwas Routine in die Arbeit unter Pandemiebedingungen und das hybride Tagungsformat eingekehrt war, erforderten die Entwicklung der Infektionszahlen und die Vorgaben der Schweizer Behörden (max. fünf Personen selbst in der riesigen Assembly Hall) erstmals eine rein virtuelle Tagung des MRR. Für alle Beteiligten bedeutete das eine nochmals gesteigerte Herausforderung. Redebeiträge konnten entweder als aufgezeichnetes Video oder über die nun für den MRR freigegebene Plattform Zoom eingebracht werden. In Verbindung mit den Zeitlimits mutete das oft wie ein

Wettbewerb in „speed reading“ an und diente weder der Zuhörerfreundlichkeit noch der Interaktivität.

Für NGOs wurde eine praktikable Lösung für die Beteiligung an den offiziellen Sitzungen gefunden, für die Generaldebatten gab es jedoch die Beschränkung, dass in max. drei dieser Aussprachen Statements eingebracht werden konnten. Die Teilnahme an den so wichtigen „informals“, also den Verhandlungssitzungen zu Resolutionen, wurde allerdings deutlich erschwert bzw. für NGO-Vertreter*innen ohne ECOSOC-Status (wie z.B. die FMR-Beobachterin) faktisch unmöglich gemacht, obwohl dies bei MRR-Tagungen in Präsenz im Palais des Nations völlig unproblematisch ist. Hier hoffen NGOs, gemeinsam mit der neuen Präsidentin eine bessere Lösung für die 47. Tagung zu erreichen.

Eine weitere prozedurale Premiere für den MRR war es, dass mit dem rein virtuellen Format auch die Abstimmungen elektronisch erfolgen mussten. Erst nach diversen Probeläufen gab es eine Empfehlung durch das Präsidium und die Zustimmung des Rates und schließlich Abstimmungen ohne größere technische Probleme.

Sondersitzung zu Myanmar

Bereits zum dritten Mal (nach 2007 und 2017) befasste sich der MRR in einer Sondersitzung am 12. Februar mit der Menschenrechtsslage Myanmar. Der Militärputsch Anfang Februar in Folge der Wahlen im November 2020 und die zunehmende Gewalt gegen friedlich Demonstrierende hatten Großbritannien und die EU, unterstützt von 19 Ratsmitgliedern, veranlasst diese Sondersitzung einzufordern. Die Stellvertretende Hochkommissarin Nada Al-Nashif erklärte in ihrem Bericht die fortdauernde Straflosigkeit für Menschenrechtsverletzungen durch das Militär und die fehlende zivile Kontrolle über das Militär zu den wesentlichen Ursachen für die aktuelle Krise. Der Sonderberichterstatter zu Myanmar, Thomas Andrews, machte deutlich, wie entscheidend eine klare Botschaft der internationalen Gemeinschaft an die rechtswidrig agierende Militärführung sei. Diese sei angesichts der komplexen Situation im Land gezwungen gewesen, die staatliche Verantwortung zu übernehmen, erklärte hingegen der Botschafter Myanmars.

Die im Konsens verabschiedete [Resolution](#) verurteilte den Putsch und forderte die Wiedereinsetzung der gewählten Regierung, die sofortige und bedingungslose Freilassung aller willkürlich Inhaftierten, ein Ende der Gewalt und den Schutz der Zivilgesellschaft, die Aufhebung der Internetsperren und uneingeschränkten humanitären Zugang.

Eine weitere [Resolution](#), die während der regulären Ratstagung unter Agendapunkt 4 ebenfalls im Konsens angenommen wurde, kritisierte den Putsch mit noch stärkeren Worten und mahnte die Verantwortung von Wirtschaftsunternehmen an, das Militär nicht durch Geschäftsbeziehungen mit den militäreigenen Unternehmen zu stützen. U.a. der Verweis auf Ermittlungen des Internationalen Strafgerichtshof veranlasste China und weitere Staaten sich vom Konsens zu distanzieren. Hochkommissarin und Sonderberichterstatter wurden beauftragt, über die Situation regelmäßig zu berichten und dabei auch die Empfehlungen der früheren Fact Finding Mission in Bezug auf die wirtschaftlichen Interessen des Militärs zu berücksichtigen. Das Mandat des Sonderberichterstatters wurde um ein Jahr verlängert und als dieser gefragt wurde, was seine Arbeit unterstützen würde, machte er sehr deutlich, dass dafür auch entsprechende personelle und finanzielle Ressourcen beim OHCHR erforderlich seien.

Endlich Ägypten

Die immer gravierenden Menschenrechtsverletzungen in Ägypten, insbesondere die Übergriffe gegen und Verhaftungen von Aktivist*innen, Journalist*innen, Anwält*innen und anderen unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung konnten die dafür Verantwortlichen viel zu lange von der Agenda des MRR fernhalten. Mit der Verhaftung von Mitarbeiter*innen einer Menschenrechtsinitiative unmittelbar nach einem Treffen mit EU-Vertreter*innen vergangenen November hatte das ägyptische Regime aber offenbar den Bogen überspannt. Erstmals seit 2014 gab es deutliche und offizielle Worte: 32 Staaten kritisierten in einem [gemeinsamen Statement](#) die Menschenrechtsentwicklung im Land, insbesondere die Einschränkungen von Meinungs- und Versammlungsfreiheit und Handlungsmöglichkeiten für die Zivilgesellschaft sowie die Unterdrückung friedlicher Kritik mittels der Terrorismusgesetze. Finnland trug das Statement unter Tagesordnungspunkt 4 („item 4“, Ländersituationen) vor, doch vorausgegangen waren beständige Lobbyaktivitäten von NGOs und intensive diplomatische Bemühungen auch von deutscher Seite. Dass auch die USA die Stellungnahme mitunterzeichneten, dürfte der ägyptischen Regierung besonders missfallen haben. Es bleibt zu hoffen, dass dieser Initiative möglich bald eine Mehrheit für eine formale Befassung des MRR folgt.

Tatsächlich Russland

Gerade erst wieder Mitglied im MRR, geriet erstmals auch Russland dort in die Kritik einer signifikanten Anzahl von Staaten. Das Urteil und die Inhaftierung von Alexej Nawalny und das damit verbundene noch schärfere Vorgehen gegen die Kritik im Allgemeinen und Demonstrationen der Zivilgesellschaft im Besonderen waren hierfür wesentliche Auslöser. Im Namen von 45 Staaten kritisierte Polen diese Entwicklung in einem [gemeinsamen Statement](#), forderte die Freilassung Nawalnys und weiterer willkürlich Inhaftierter und kündigte an, die Situation weiter zu beobachten. Die Stellungnahme ist, ebenso wie die zu Ägypten, ein wichtiges Signal, dass auch die vermeintlich übermächtigen Staaten nicht automatisch vor Kritik geschützt sind. Es bleibt allerdings abzuwarten, wie der sich auch hierin schon abzeichnende Machtkampf mit den zurückgekehrten USA entwickeln wird.

Auch Äthiopien

Im Namen von 42 Staaten trug Deutschland unter Tagesordnungspunkt 2 (annual report) eine [gemeinsame Stellungnahme](#) zur Situation in der äthiopischen Region Tigray vor. Erstmals war damit auch Äthiopien Thema im MRR. Gefordert wurde der Schutz der Zivilbevölkerung, ungehinderter Zugang zur Region für humanitäre Hilfe, OHCHR, Journalist*innen und NGOs, die Aufklärung von mutmaßlichen Menschenrechtsverletzungen und der Abzug des eritreischen Militärs aus Äthiopien. Angesichts des Ausmaßes der Menschenrechtsverletzungen – die Hochkommissarin sprach von mutmaßlichen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit – ist das Statement der 42 wichtig, bleibt aber deutlich hinter dem Notwendigen wie mindestens einer Resolution für ein offizielles Monitoring durch das OHCHR zurück.

Resolution zu Sri Lanka

Die Mehrheit für die schließlich verabschiedete Resolution des MRR zu Sri Lanka war keineswegs selbstverständlich. Ein Jahr zuvor hatte die Rajapaksa-Regierung angekündigt, sich zukünftig nicht mehr an die Verpflichtungen gebunden zu fühlen, die man mit der Resolution 30/1 im Jahr 2015 eingegangen war. Die Kerngruppe im MRR zu Sri Lanka, zu der

auch Deutschland gehört, hatte daraufhin relativ zahm zu fortgesetzter Kooperation ermutigt und zunächst auch versucht, auf eine Konsens-Resolution hinzuarbeiten. NGOs waren in Sorge, dass (wie im Fall Philippinen im Herbst) ein überaus fauler Kompromiss dabei herauskommen könne. Doch offenbar schien sich Sri Lanka jeder Kooperation zu verweigern, was auch an beachtlichen diplomatischen Bemühungen gegen die [Resolution](#) zum Ausdruck kam. Trotzdem wurde diese mit 22 zu 11 Stimmen bei 14 Enthaltungen angenommen. Mit Blick auf die immer wieder angekündigte aber völlig gescheiterte Aufarbeitung von Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen in Sri Lanka selbst, welche die Hochkommissarin zuvor in einem [Bericht](#) überaus deutlich geschildert hatte, hat der MRR nun ein deutliches Mandat an das OHCHR erteilt, Informationen und Beweise zu sammeln, analysieren und zu sichern, Strategien für künftige Rechenschaftsprozesse zu entwickeln und juristische Verfahren zu unterstützen. Der Fokus auf einen notwendigen umfassenden Rechenschaftsprozess (comprehensive accountability process), die Kritik an dem anhaltenden Fehlen (persistent lack) solcher Prozesses auf nationaler Ebene und ein Monitoring- und Berichtsfahrplan bis zur 51. Tagung ist vor allem für diejenigen ein wichtiges Signal, die sich in Sri Lanka unter großem Druck für Gerechtigkeit einsetzen.

Resolution zu Belarus

Die sichtbar umstrittenste Resolution dieser Tagung war zweifellos die von der EU gesponserte zur Menschenrechtssituation in Belarus im Kontext der Präsidentschaftswahlen 2020. 14 Änderungsanträge wurden von Belarus, Russland und China eingebracht und allesamt abgelehnt. NGO-Vertreter*innen wurden von Belarus aus den Verhandlungsrunden („informals“) fernzuhalten versucht, was von Uruguay in der Abstimmungssitzung deutlich kritisiert wurde. Die [Resolution](#) wurde schließlich mit 20 zu 7 Stimmen und 20 Enthaltungen angenommen. Die Hochkommissarin berichtete von einer „Menschenrechtskrise nie dagewesenen Ausmaßes“ in Belarus, für die bisher niemand zur Verantwortung gezogen würde. Auch diese Resolution legt einen Schwerpunkt auf die politische und juristische Verantwortlichkeit (accountability). Die Hochkommissarin, unterstützt von Experten und Sonderberichterstattern, soll „Informationen und Beweise sammeln, sichern und analysieren im Hinblick auf Rechenschaft der Verantwortlichen und Gerechtigkeit für die Opfer“.

Weitere Länderresolutionen

Die [Resolution](#) zu **Nicaragua** (angenommen mit 20-8-18) erweitert das Monitoring- und Berichtsmandat der Hochkommissarin. Dabei werden besonders auch die bevorstehenden Wahlen im November 2021 in den Blick genommen. Die Regierung wird aufgefordert, die Zusammenarbeit mit dem vor zwei Jahren aus dem Land komplimentierten OHCHR wieder aufzunehmen.

Die Fortsetzung des Mandats der Menschenrechtskommission zu **Südsudan** (CHRSS) unter Tagesordnungspunkt 4 erwies sich während der Verhandlungen als keineswegs sicher. Im vergangenen Jahr hatte der MRR „nachweislichen Fortschritt in wesentlichen Menschenrechtsbereichen“ zur Bedingung für die Beendigung des Mandats gemacht. Dennoch wirkte Kamerun im Namen der Afrikanischen Gruppe entgegen aller menschenrechtlichen Realitäten vor Ort auf eben dieses Mandatsende hin und brachte eine konkurrierende Resolution unter Tagesordnungspunkt 10 (technische Unterstützung und Kapazitätsaufbau) ein. Bemühungen, beide Ansätze zusammen zu bringen, waren nicht erfolgreich, und so kam es am Ende zu einer konsensualen Annahme der [item-10-Resolution](#),

während die [Verlängerung des CHRSS-Mandats](#) nur knapp (20-16-11) und dank der wichtigen Enthaltungen einiger afrikanischer Staaten gelang.

Die [Resolution](#) zur Verlängerung des Mandats des Sonderberichterstatters zu **Iran** wurde mit 21 zu 12 Stimmen bei 14 Enthaltungen angenommen. Auch über die [Resolution](#) zu Verlängerung des Mandats der Untersuchungskommission (Commission of Inquiry) zu **Syrien** wurde abgestimmt (27-6-14). Im Konsens angenommen wurde die [Resolution](#) zu **Nordkorea** mit dem fortgesetzten Monitoring- und Dokumentationsauftrag für das OHCHR.

Thematische Resolutionen

Von den thematischen Resolutionen, die der MRR in dieser Tagung verabschiedet hat, sind vor allem zwei aus Sicht des FMR von besonderer Bedeutung. Die Annahme der [Resolution](#) zu **Menschenrechten und Umwelt** und die Verlängerung des Mandats des Sonderberichterstatters zu diesem Thema dürfte die Anerkennung des Rechts auf eine gesunde Umwelt und die Einsetzung eines Sonderberichterstatters zu Menschenrechten und Klimawandel wieder ein Stück näher gebracht haben. Nicht nur [NGOs](#) sowie die [Malediven und über 60 weitere Staaten](#) forderten, dieses Recht anzuerkennen. Auch [15 UN Organisationen erklärten](#), die Zeit sei gekommen für die Anerkennung des Rechts auf eine sichere, saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt. [Bangladesch sprach sich im Namen von mehr als 50 Staaten](#) für das Mandat zu Menschenrechten und Klimawandel aus.

Die ebenfalls im Konsens angenommene [Resolution](#) zur **Sicherung des Zugangs aller Länder zu Impfstoffen gegen das Coronavirus** ist Ergebnis nicht einfacher Verhandlungen zur Zusammenführung zweier Initiativen, angeführt von Ecuador sowie der Bewegung der Blockfreien Staaten (NAM). Hier zeigte sich, dass dem Appell zu Impfgerechtigkeit zwar alle zustimmen, aber gerade die westlichen Staaten sich schwertun, wenn es um konkrete Maßnahmen zur fairen und schnellen Verteilung sowie um Verhinderung von Exportkontrollen und Vorratshaltung geht. Vorausgegangen war eine [flammende Kritik von UN Generalsekretär Guterres](#) daran, dass bisher nur 10 Staaten 75 Prozent der Impfstoffe verabreicht hätten.

Deutlich unerfreulicher war die Wiederauflage der chinesischen [Resolution](#) zur „**Förderung der für beide Seiten förderlichen Zusammenarbeit**“ (**mutually beneficial cooperation**). Auch wenn dies freundlich klingt, steht hinter dieser (und weiterer) Initiative die längst nicht mehr verschleierte Absicht der chinesischen Führung, über Jahrzehnte etablierte Menschenrechtsstandards ins Gegenteil zu verkehren und Menschenrechte bestenfalls als Gegenstand freundlicher Kooperation souveräner Staaten zu sehen.

Streit um die Sonderberichterstatter

Die Angriffe auf die Unabhängigkeit der Sonderberichterstatter*innen haben bei dieser Tagung eine neue Dimension erlebt, wofür besonders sichtbar die chinesischen Diplomaten verantwortlich waren. Als die Sonderberichterstatterin zu kulturellen Rechten in ihrem Bericht die Folgen der chinesischen Pandemiezensur erwähnte, wurde sie für Rassismus, Ignoranz und Verstoß gegen ethische Standards beschimpft. Dem Sonderberichterstatter zur Religionsfreiheit wurde Verleumdung und mutwillige Falschinformation vorgeworfen, was die Vizepräsidentin des MRR zu einer Warnung vor derart abfälligen Bemerkungen veranlasste.

Russland versuchte sich mit schon bekannten prozeduralen Taktiken im Zweikampf mit der Präsidentin, wofür die Absetzung des Dialogs mit dem Sonderberichterstatter zum Recht auf

Privatheit genutzt wurde. Der bisherige Mandatsinhaber hatte zu keinem seiner Staatenbesuche rechtzeitig oder überhaupt einen Bericht vorgelegt – ein klarer Fall von individuellem Fehlverhalten – weshalb das Präsidium mangels Diskussionsgrundlage gegen einen Dialog entschied. Russland protestierte - erfolglos - in einem unwürdigen Schlagabtausch gegen diese Entscheidung mit der Absicht, die Kontrolle der Staaten über die Sonderberichterstatte zu demonstrieren.

Das Forum Menschenrechte hat mit 14 weiteren NGOs gegen diese unverhohlenen Angriffe protestiert und die klare Unterstützung durch den MRR gefordert (siehe Anhang).

Deutschlands Beitrag

Die deutsche Delegation hat sich in dieser langen Tagung einen soliden Stapel Fleißkarten erarbeitet und sich auch hinter den Kulissen für mehrere Initiativen engagiert.

Außenminister Maas fand in der Eröffnungssitzung deutliche Worte zur Verantwortung der gewählten Mitglieder des MRR und kritisierte Chinas Politik gegen die Uighuren und in Hongkong ebenso wie die Übergriffe gegen Zivilgesellschaft in Iran oder Venezuela und gegen friedlich Demonstrierende in Belarus und Russland. Zudem kündigte er offiziell an, dass Deutschland seine freiwilligen Beiträge an das OHCHR in diesem Jahr um fast 50 Prozent auf 11,5 Millionen US-Dollar aufstocken werde.

Daran anknüpfend erklärte Deutschland in der Debatte unter Tagesordnungspunkt 5 (Menschenrechtsorgane und -mechanismen) es sei inakzeptabel, dass ein Mangel an Ressourcen aus dem regulären Budget zur Aufschiebung von mandatierten Aufgaben führe. Das OHCHR müsse ausreichend finanziert werden und die immer größere Abhängigkeit von freiwilligen Beiträgen sei ebenso nicht hinnehmbar. Alle Staaten seien aufgefordert, ihre ausstehenden Beiträge zeitnah zu bezahlen.

USA wieder zurück

Ob die USA als größter und rückständiger Beitragszahler dieser Aufforderung folgen werden, bleibt abzuwarten. Im MRR will die neue US-Regierung jedenfalls [wieder aktiv mitarbeiten](#) und im Herbst auch offiziell für die Mitgliedschaft 2022-2024 gewählt werden, wofür [Außenminister Blinken in seiner Rede vor dem MRR](#) „demütig um Unterstützung“ bat. Während dies bei einigen Akteuren hohe Erwartungen auslöste, schienen andere - China und Russland voran – ganz offensichtlich gewillt, in härteren Auseinandersetzungen ihre Positionen zu behaupten. Dies zeigte die Kampfkandidatur um die Präsidentschaft ebenso wie mehrere im Namen vieler Staaten und im Interesse Chinas vorgetragener gemeinsamer Stellungnahmen z.B. von [Kuba gegen unberechtigte Kritik an China](#) oder besonders bemerkenswert von Belarus zu „systematischen“ Menschenrechtsverletzungen in der EU (ohne link, aber zu sehen im webtv.un.org 12. März).

Die US-Delegation begegnete dem mit erfreulich [deutlichen Worten in einer Stellungnahme von 53 Staaten](#) und ließ wenig Zweifel an ihren Positionen. Sie trugen die Statements zu Ägypten und Russland mit, engagierten sich in Resolutionsverhandlungen, u.a. wieder in der Kerngruppe zu Südsudan, und brachten im Namen von 156 Staaten eine gemeinsame Stellungnahme zum Kampf gegen Rassismus ein, die an die selbstkritischen Worte des Außenministers zu Beginn der Tagung anknüpfte.

-Check against delivery-

ORAL STATEMENT

ITEM 5 General Debate: Human rights bodies and mechanisms

UN MEMBER STATES MUST PROTECT THE INDEPENDENCE OF THE SPECIAL PROCEDURES

UN Human Rights Council
Forty-sixth session
22 February – 23 March 2021

Madame President,

Amnesty International delivers this statement on behalf of 15 NGOs.

We are deeply concerned by continued attacks on the Special Procedures and efforts to undermine their independence. We urge all states to affirm their commitment to human rights and the effectiveness of the international human rights system, by rejecting and condemning these efforts.

We welcome the continued efforts of the Coordination Committee to address objective non-compliance of mandate holders under the Internal Advisory Procedure, including in response to the failure of the Special Rapporteur on the right to privacy to submit his reports to the Council in time for their consideration at this session. We urge all states to support the Coordination Committee in their efforts to respond to concerns related to the working methods of the Special Procedures, as well as complaints against individual mandate holders.

At the same time, we deplore the efforts of some states to use this process as a cover to undermine the independence and effectiveness of the Special Procedures for political reasons. As on numerous previous occasions, certain states repeatedly accuse the Special Procedures of politicization but fail to substantively address the human rights concerns they raise.

We particularly regret the Russian Federation's efforts, on 5 March, to suspend the HRC session altogether and their continued attempts, together with other states, to introduce unwarranted state oversight on the Special Procedures.

We were also alarmed to witness personal attacks on the Special Procedures, most worryingly against the Special Rapporteur on freedom of religion or belief, by the Chinese delegation, who during the interactive dialogue accused the mandate holder of 'spread[ing] false information' and 'lack[ing] minimum professional ethics.' Such *ad hominem* attacks are unacceptable, and the Council must respond in the strongest terms to condemn such incidents. They also reveal a broader rejection of dialogue on human rights challenges – despite repeated statements urging the Council to privilege 'dialogue and cooperation' - and a lack of willingness on the part of the state concerned to take action to protect human rights.

It is time for states at this Council to take a strong proactive stand for its independent mechanisms, ensuring that they have the support and resources needed to fulfil their mandates and to hold states accountable when they commit human rights violations.

Thank you.

Amnesty International
ARTICLE 19
Asian Forum for Human Rights and Development (FORUM-ASIA)
Center for Reproductive Rights
CIVICUS: World Alliance for Citizen Participation
DefendDefenders (East and Horn of Africa Human Rights Defenders Project)
Forum Menschenrechte e.V.
Human Rights House Foundation
Human Rights Watch
International Commission of Jurists
International Federation for Human Rights (FIDH)
International Movement Against All Forms of Discrimination and Racism (IMADR)
International Service for Human Rights (ISHR)
Privacy International
Women's International League for Peace and Freedom